

Deutsche HVPI-Inflation sinkt im April auf 2,2 Prozent

Der Inflationsdruck in Deutschland hat im April leicht nachgelassen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, sank die Jahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) auf 2,2 (Vormonat: 2,3) Prozent. Die Statistiker bestätigten damit - wie von Volkswirten erwartet - ihre vorläufige Schätzung vom 30. April. Gegenüber dem Vormonat stieg der HVPI um 0,5 Prozent, womit die vorläufigen Daten ebenfalls bestätigt wurden. Die HVPI-Rate ist maßgeblich für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Der nationale deutsche Verbraucherpreisindex stieg gegenüber dem Vormonat um 0,4 Prozent. Die jährliche Inflationsrate betrug 2,1 (Vormonat: 2,2) Prozent. Die Zahlen entsprachen ebenfalls der ersten Veröffentlichung und den Prognosen von Volkswirten. Die Inflationsrate ohne Berücksichtigung von Nahrungsmitteln und Energie, auch als Kerninflation bezeichnet, lag im April bei 2,9 Prozent. Die Preise für Dienstleistungen lagen im April um 3,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Teuerung von Dienstleistungen hat sich damit erneut verstärkt; im März hatte die Rate 3,5 Prozent betragen. Die Preise für Nahrungsmittel lagen um 2,8 Prozent höher als im Vorjahresmonat, nach 3,0 Prozent im Vormonat. Die Preise für Energieprodukte lagen um 5,4 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. (DJN)

US-Inflation sinkt im April auf 2,3 Prozent

Der Inflationsdruck in den USA hat im April leicht nachgelassen. Wie das US-Arbeitsministerium mitteilte, stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent und lagen um 2,3 (Vormonat: 2,4) Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Von Dow Jones Newswires befragte Ökonomen hatten mit einem monatlichen Preisanstieg von 0,2 Prozent und einer Jahresteuierung von 2,3 Prozent gerechnet. Die Kernverbraucherpreise (ohne Energie und Lebensmittel) erhöhten sich um 0,2 Prozent auf Monats- und um 2,8 (Vormonat: 2,8) Prozent auf Jahressicht. Die befragten Ökonomen hatten eine monatliche Rate von 0,3 Prozent und eine Jahresrate von 2,8 Prozent erwartet. Die USA und China haben sich geeinigt, die Zölle auf Importe aus dem jeweils anderen Land für 90 Tage wieder deutlich zu senken. In der Zwischenzeit soll weiter verhandelt werden. Ein Erfolg dieser Gespräche ist zwar nicht garantiert, aber die Lage hat sich damit vorerst deutlich entspannt. Insbesondere das Risiko einer US-Rezession bei gleichzeitig steigender Inflation hat sich verringert. (DPA)

Britische Wirtschaft wächst zum Jahresstart

Die Wirtschaft Großbritanniens hat zum Start ins neue Jahr Fahrt aufgenommen. Im ersten Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,7 Prozent gestiegen sein, wie das Statistikamt ONS am Donnerstag in London mitteilte. Analysten hatten für die drei Monate bis Ende März mit einem Plus von 0,6 Prozent gerechnet. Zum Wachstum trugen am Jahresanfang der große Dienstleistungsbereich als auch die Industrie bei. Das Baugewerbe kam hingegen nicht vom Fleck. Zuletzt schwächelte die Industrie aber etwas. Ihre Produktion sank im März im Jahresvergleich etwas. (DJN)

Disclaimer: Dieser Bericht wurde von DenizBank AG Research ausschließlich zu Informationszwecken erstellt. Die in diesem Bericht enthaltenen Angaben basieren jeweils auf dem Wissensstand und der Markteinschätzung der mit der Erstellung betrauten Personen zu Redaktionsschluss. DenizBank AG Research behält sich in diesem Zusammenhang das Recht vor, jederzeit ohne vorherige Ankündigung Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen. Die Inhalte dieses Newsletters sind immaterialgüterrechtlich – wie insbesondere urheberrechtlich – geschützt. Die Übernahme von Zahlen, Texten oder Bildmaterial bzw. Vervielfältigung von Informationen oder Daten bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der DenizBank AG. Die Angaben in diesem Bericht wurden von uns sorgfältig recherchiert und nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. DenizBank AG übernimmt jedoch keinerlei Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität der im Bericht enthaltenen Informationen und/oder für das Eintreten der Prognosen. Dies gilt auch für alle anderen Websites, auf die mittels Hyperlink verwiesen wird. Im Wesentlichen wird folgende Quelle verwendet: Bloomberg Finance LP. Jede Anlageentscheidung bedarf der individuellen Abstimmung auf die persönlichen Verhältnisse des Anlegers. Dieser Bericht richtet sich an Kunden, die in der Lage sind, ihre Anlageentscheidungen eigenständig zu treffen und sich dabei nicht nur auf die Informationen der DenizBank AG stützen. Dieser Bericht ist unverbindlich und stellt weder ein Angebot zum Kauf der genannten Produkte noch eine Anlageempfehlung dar.

Equity Indices	Curr Price	1D % change	1D net change
ATX	4.413,63	0,17	7,3
BIST 100	9.554,48	0,14	13,2
DAX	23.730,15	0,15	34,6
Euro Stoxx 50	5.417,16	0,09	5,1
CAC 40	7.863,99	0,13	10,5
FTSE 100	8.658,07	0,28	24,3
IBOV	139.334,38	0,66	911,5
DOW JONES	42.322,75	0,65	271,7
NASDAQ 100	21.335,82	0,08	16,6
S&P 500	5.916,93	0,41	24,4
NIKKEI 225	37.753,72	-0,00	-1,8

FX rates	Curr Price	1D % change	1D net change
EUR/USD	1,1196	0,08	0,00
EUR/TRY	43,48	-0,04	0,02
EUR/CHF	0,9378	-0,30	0,00
EUR/GBP	0,8428	-0,23	0,00
EUR/RUB	90,67	-1,39	1,26
USD/TRY	38,84	-0,31	0,12
USD/RUB	80,93	-1,15	0,93

Cyprto	Curr Price	1D % change	1D net change
BTC/EUR	92.588,13	-0,09	83,54

CDS	Curr Price	1D % change	Previous Close
Turkey 5Y USD	297,95	-1,64	302,92

EU 5Y Yield



EU 2Y Yield



Bund Future Price - 10Y



Bund Future Yield - 10Y



Government Bonds 10 yrs	Curr Price	Yield
Austria (EUR)	99,879	2,96
Belgium (EUR)	99,934	3,11
France (EUR)	99,604	3,25
Italy (EUR)	100,858	3,58
Greece (EUR)	102,396	3,33
Portugal (EUR)	99,347	3,07
Switzerland (CHF)	99,580	0,26
Slovakia (EUR)	102,807	3,35
Hungary (EUR)	104,267	4,69

Government Bonds 10 yrs	Curr Price	Yield
Germany (EUR)	99,362	2,57
Japan (JPY)	99,590	1,43
Turkey (TRY)	88,500	31,51
Poland (EUR)	97,656	3,01
United Kingdom (GBP)	99,033	4,62
Spain (EUR)	99,624	3,19
United States (USD)	98,836	4,39
Romania (EUR)	78,165	6,79
China (EUR)	82,773	2,87

Prices for information only. Actual data per request only.

Source: Bloomberg